

# Korrespondenz

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindenstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 12. August 1931

Nummer 64

### Der Weg aus der Krise

Das Wort „Wirtschaftskrise“ ist heute zum Schlagwort geworden. Als internationales Schreckgespenst spukt es in der Welt umher und hat sich lärmend auf die Gemüter gelegt. Das ist vielleicht ihr größtes Übel. Nicht ihre lange Dauer oder ihr internationaler Charakter macht ihre Schwere aus, sondern der Glaube an ihre Unüberwindbarkeit, der sich allenthalben festgesetzt hat. Nach allgemeiner Ansicht hat die Krise ihren Ursprung in der fortgeschrittenen Rationalisierung des Produktionsprozesses und einer dadurch erzielten enormen industriellen Überproduktion, mit der die Konsumtion infolge der geschwächten Kaufkraft der breiten Massen nicht gleichen Schritt halten konnte. Die Richtigkeit dieser Folgerung ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, aber ihre Endgültigkeit muß angezweifelt werden. Rationalisierung und Mechanisierung sind nichts als ein Schritt auf dem Wege der Technik, in deren Jahrhundert wir uns befinden. Sie sind nur zu häufig durchgeführt worden, „weil die Gewerkschaften mit ihrer Lohnpolitik die Unternehmer zwingen, die menschliche Arbeitskraft durch maschinelle zu ersetzen“. Das ist die Ansicht der Industrie. Der Fehler liegt nur darin, daß es der Industrie nicht gelungen ist, mit der Mehrung der Produktion zugleich den zum Absatz notwendigen Markt zu erschließen. Kann die Produktion eines Landes oder der ganzen Welt überhaupt so groß sein, so lange — wie es heute der Fall ist — im überwiegenden Teile der Menschheit ein ungeheurer Bedarf? Weist mehr Schuld ist die falsche Einstellung der Produktion, die einfach ohne einen Blick auf den Markt aufgezogen wurde, nur um einen in Zeiten vergangener Hochkonjunktur aufgestellten kostspieligen Produktionsapparat in Bewegung zu halten. Schuld ist ein Unternehmertum, das lieber nach staatlichen Subventionen rief, als daß es diese Falschproduktion einstellte. Schuld ist das blinde Streben nach wirtschaftlicher Machterweiterung, der Eifer, Mammutbetriebe zu schaffen, ohne für die Produktion Absatz zu haben oder — ihn zu schaffen!

Betrachten wir von diesem Standpunkt aus einmal die gegenwärtige Lage des Buchgewerbes, insbesondere des Zeitungswesens. Dem Zug der Zeit folgend ist eine enorme Kürzung der tariflichen und über-tariflichen Löhne erfolgt, ohne daß diese Maßnahme sich auf die Abonnementspreise wesentlich ausgewirkt hätte. Nur wenige Zeitungen und Zeitschriften sind es, die ihre Bezugspreise entsprechend den Lohnkürzungen herabgesetzt haben. Eine Senkung des Druckpreistarifs ist wohl erfolgt, aber jedermann weiß, daß dieser Preistarif heute nur eine untergeordnete Rolle spielt und von einer wilden Kalkulation verdrängt worden ist. Aber — und das ist das Wesentliche — auch Verleger und Drucker haben trotz der verminderten Gestehungskosten bei gleichbleibenden Verkaufspreisen keinen wesentlichen Vorteil für ihren Betrieb buchen können. Im Gegenteil: Klagen über schlechten Geschäftsgang, starker Rückgang des Umsatzes gegen geringere Senkung der Gestehungskosten, Arbeitsmangel und immer weitere Entlassungen sind nach wie vor an der Tagesordnung. Und die Ursache? Man hat sich unter Außerachtlassung aller Tarifpreise lieber dem rücksichtslosen Preisbittat des Anzeigenkunden unterworfen, als daß man eine Senkung des Abonnementspreises und dadurch eine — wahrcheinliche — Hebung der Abonnentenzahl und des Umsatzes herbeigeführt hätte. Das ist ein Zerweg für beide Parteien. Für den Verleger bedeutet es keinen Gewinn, zu gedrückten Preisen Anzeigen zu hamstern und die Beträge für erhöhte Papier- oder Druckkosten wieder auszuwerfen, und für den Inferenten spielt nicht der Preis, sondern die Wirksamkeit die ausschlaggebende Rolle, und die Wirksamkeit wird nur erzielt durch Verbreitung in einem möglichst großen Leserkreis. Dann ist man dazu übergegangen, auch den Anzeigenteil verschiedener Tageszeitungen zu vereinigen, um neue Inferenten zu werben, aber dann geht der Erlös wieder in so viele Teile, daß, wie im vorgenannten Fall, oft nicht die Papier- oder Druckkosten gedeckt werden. Überhaupt wäre es angebracht, die Rentabilität des Anzeigen-maternbezuges einmal gründlich unter die Lupe zu nehmen. Nicht allein ist es überflüssig, daß die Druckereien einerseits unentwegt Personal entlassen, auf der anderen Seite aber oft bei stärkster Inanspruchnahme der Abzugsbleibenden den an sie gestellten Anforderungen nicht immer gerecht werden können — auch die Inferenten haben sich diese leidige Ansicht schon zunutze gemacht und

ordnen den Materialbezug einfach an, oft aus Bequemlichkeit und in Unkenntnis, daß eine Mater der Druckerei teurer sein kann als eine Stunde Schararbeit, manchmal aber auch aus geschäftlicher Raffinesse. Eine genaue Kontrolle der Verluſtquellen ist unbedingt notwendig! Nach ein Beispiel: Man proht mit möglichst vielen Nebenausgaben und unterfährt für Kopfflächer mit 300 oder 500 Exemplaren eigne Geschäftskarten, die sich selbst erhalten können und regelmäßige Zuschüsse erfordern. Das alles sind Mißstände, die niemand Nutzen bringen, der Gehilfenchaft aber immer schaden, weil stets versucht wird, entstandenen Verlust oder entgangenen Gewinn auf das Lohnkonto abzuwälzen, sei es durch neue Entlassungen oder immer weitere Lohnsenkungen.

Unsre Hoffnungen konzentrieren sich auf die Verhandlungen, die jetzt in unserm Gewerbe eingeleitet sind, um die Arbeitslosen wieder in die Betriebe hineinzubringen. Es muß vermieden werden, daß diese Verhandlungen auf die lange Bank geschoben werden, denn Eile ist dringend geboten! Tag für Tag schreitet die seelische Zermürbung der Arbeitslosen weiter fort, Tag für Tag werden von den noch in Arbeit Stehenden neue Opfer gefordert. Es ist eine bange Frage: Wie weit kann diese Politik noch getrieben werden, ohne den Bogen zu überspannen? Es ist nur natürlich, daß die radikalen Parteien der Rechten und Linken die wirtschaftliche Notlage für ihre politischen Zwecke ausnützen. Auf der Rechten spielt man im stillen mit dem Gedanken des ersehnten „Revanchekrieges“, der durch die erforderlichen Rüstungen Millionen Arbeitslosigkeit geben (und das Wehrfach unserer heutigen Arbeitslosen verschwinden) lassen und durch eine nachfolgende langanhaltende Scheinkonjunktur auch weiterhin die Wirtschaft beleben soll. Auf der anderen Seite werden Arbeitsbeschaffungsprogramme ausgearbeitet, die eher nach Verbesserung der Arbeitslosen aussehen, als daß sie gangbare Wege zur Behebung unserer Wirtschaft weisen. Unentwegt wird auf beiden Seiten an der Untergrabung und Unterstützung unseres Staats- und Wirtschaftssystems gearbeitet. Und doch soll es nicht gestört, sondern reformiert werden! Es sind allerdings noch nicht viele, die diesen extremen Vantastiken mit gesundem Menschenverstand zu folgen vermögen, aber „Hunger macht den Menschen gewissenlos!“ Es besteht die Gefahr, daß die Jast derer, die ein Schrecken mit Ende lieber sehen als einen Schrecken ohne Ende, wächst und die radikalen Parteien führt. Barrakaden und ausgereifenes Straßengepöhl müssen zu denken geben!

Wir sind uns darüber klar, daß auch die Einführung der Fünftagewoche kein Allheilmittel bedeutet. Selbst bei ihrer allgemeinen Durchführung wird es kaum möglich sein, alle Erwerbslosen restlos in den Produktionsprozeß einzugliedern. Aber die Verkürzung der Arbeitszeit ist auch lediglich die erste Etappe auf dem Wege zur „Ankurbelung der Wirtschaft“. Mit Recht wird von Arbeiterseite auf der Gewährung eines angemessenen Lohnausgleichs bestanden, der die Betriebe nicht übermäßig belastet, aber doch eine gerechtere Beteiligung der Arbeiterseite an der Produktion darstellt. Die Behauptung, daß die Ursache der Krise nicht in der Produktion, sondern in der Kaufunfähigkeit des Marktes liegt, läßt sich schlecht von der Hand weisen. Es gilt nicht, gewalttätig in den Wirtschaftskörper einzugreifen und das Unterste nach oben zu drehen, sondern es sind lediglich die Grundlagen zu schaffen, auf der sich die Regulierung der Volkswirtschaft automatisch vollziehen kann. Regulierung der Preise durch Angebot und Nachfrage muß oberstes Gesetz sein. Wir haben die Preise für eine Anzahl Lebensmittel auf den Vorkriegsstand oder in seine Nähe fallen sehen, was nicht immer auf „Preissenkungsaktionen der Regierung“ zurückzuführen ist, sondern darauf, daß der Bauer seine Schweine oder Eier oder Erdbeeren eben verkaufen muß und seine Verdienſtpanne nicht willkürlich auf Grund der Gestehungskosten festsetzen kann, sondern sich nach der Marktlage zu richten und seine Verkaufspreise mit der Kaufkraft des Marktes in Einklang zu bringen hat. Ähnliches vollzieht sich überall: die gedrückten Preise im Handwerk, die sinnlosen Kalkulationen im Buchgewerbe, die Ausverläufe und Kassensrabatte im Handel bedeuten nichts anderes. Selbst die großen IndustrietKonzern haben die Preise für ihre Marktanartikel nur zum Teil, und dann nur unter Opfern aufrechterhalten können. Jedes Unternehmen, ob groß oder klein, bekommt es heute zu spüren, daß es in die große Maschinerie „Wirtschaft“ eingeknippt ist, in ein Präzisionsradwerk, in dem sich die Lösung einer Schraube oder

der Stillstand eines kleinen Rädchen auf den gesamten Mechanismus überträgt. Solange die Störung durch dieses kleine Rädchen nicht behoben ist, wird das ganze Uhrwerk nicht in Gang zu bringen sein. Auf die Wirtschaft angewandt bedeutet dies: die Behebung kann nicht anders erfolgen, als von unten nach oben. So eigenartig es klingt und so bitter für manchen die Erkenntnis sein mag — die Tatsache bestätigt sich: Der Arbeiter ist ein Pol in unserer Wirtschaft, um den sich alles dreht — Produktion und Konsumtion. Solange die Wahrheit dieses Satzes nicht begriffen ist, wird an eine Überwindung der Krise und eine Behebung der Wirtschaft nicht zu denken sein. R. S.

### Lehrlinge und Kurzarbeit

„Sollte die Arbeitszeit für die Gehilfen verkürzt ist, dürfen auch die Lehrlinge mit produktiver Arbeit nicht länger beschäftigt werden.“ Aus dieser Ziffer 10 des § 3 des Deutschen Buchdruckerartikels folgern verschiedene Prinzipale, daß man die Lehrlinge bei Kurzarbeit den Gehilfen überhaupt nur so lange beschäftigt wie diese, den Lehrlingen aber dementsprechend das Kostgeld kürzt. Weiter folgert man aus den verschiedenen Urteilen der Arbeitsgerichte, die in allen Fällen die Anknüpfung der tariflichen Kostgebühre anerkennen, daß der Lehrvertrag u r Arbeitsvertrag sei und der Lehrling deshalb auch bei Kurzarbeit nicht anders zu behandeln sei als der Gehilfe. Auch der Kommentar des DBV zum Deutschen Buchdruckerartikel sagt Seite 43 zum § 3, daß Kurzarbeit unter Lohnkürzung für Lehrlinge, Schwertkriegerbeschäftigte und Betriebsvertretungsmitglieder nur durch Betriebsvereinbarung möglich sei. Gegenständig wird im selben Kommentar auf Seite 66 zum § 5 ein Reichsschiedsamtenscheid veröffentlicht, bei dem es sich um Nichtbehandlung eines nichtentschädigungspflichtigen Feiertags handelt; in diesem heißt es wörtlich:

Es ist keinesfalls die Frage entschieden, ob auch den Lehrlingen für solche Tage und Stunden, für welche die Gehilfen nicht entlohnt werden, ein Abzug von der ihnen gewährten Entschädigung gemacht werden kann. Sie unterliegen vielmehr, wie auch die Entschädigungen meist annehmen, der *Verrechnung*, sei es durch *Tarif* oder *Lehrvertrag*. ... Es darf bei der Untersuchung nicht außer acht gelassen werden, daß die Begriffe „Erziehungs- bzw. Kostgeld“ ihre Entstehung nach *Sinn* und *Ursach* realen Verhältnissen verdanken. In früheren Zeiten, als der Lehrling meist dem Hausatzt seines Lehrherrn angehörte, wurde er von diesem verpflegt und beschäftigt. Diese Pflicht wurde im Laufe der Zeiten, insbesondere bei der Ausdehnung der Städte und Vergrößerung der Betriebe abgelehnt, und die Lehrlinge erhielten nun anstatt der Unterhaltungsleistungen eine Entschädigung in Geld. Hieraus ergibt sich ohne weiteres, daß es sich bei der Entschädigung der Lehrlinge im Grunde um eine Entschädigung der Eltern bzw. Unterhaltspflichtigen des Lehrlings für Beköstigung, Kleidung usw. handelt, mag auch im Fortgange der Zeit der Lehrling dem Lehrherrn schon brauchbare Arbeit leisten. Es folgt daraus auch, daß letzterer nicht berechtigt ist, dem Lehrling für solche Arbeitszeitverlängerungen, die er nicht verschuldet hat, einen Abzug von der Entschädigung zu machen. Auf diesem Standpunkt steht auch der *Vertrag* selbst sowie die Kreisgeschäftsstelle des DBV, wie sich aus ihrem bei den Akten befindlichen Schreiben vom 11. und 12. September 1928 ergibt.

Auch hat das Reichsschiedsamt zum § 23 des DBV. am 16. November 1928 und neuerdings am 13. März 1931 klipp und klar Abzüge vom Kostgeld der Lehrlinge als unzulässig erklärt.

Neuerdings versuchen Prinzipale trotzdem, durch Vereinbarung mit der Betriebsvertretung oder, wenn diese ablehnt, mit Einverständnis des Vaters bzw. geschäftlichen Vertreters des Lehrlings Kurzarbeit unter Kürzung des Kostgeldes durchzusetzen. Hier kommt uns nun das Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 17. September 1930, gefällt für das Metallgewerbe, entgegen. In diesem Falle war Kurzarbeit bzw. Aussetzen für den ganzen Betrieb (einschließlich der Lehrlinge) angeordnet und mit der Betriebsvertretung vereinbart, und zwar 21 Stunden Arbeitszeit wöchentlich. Das Reichsarbeitsgericht entschied als Revisionsinstanz folgendes:

Der Arbeitgeber kann einseitig das Arbeitsverhältnis des Lehrlings nicht ändern. Will er Aussetzung anordnen, so ist das einem Lehrling gegenüber nur möglich, wenn eine rechtswirksame Änderung des Lehrvertrags erfolgt ist. (§ 242 BGB.)

Ein Einverständnis des Betriebsrats oder Arbeiterrats mit der Einführung der Kurzarbeit kann die sich aus dem Lehrvertrag ergebenden Verpflichtungen nicht ändern. (§ 78 Ziff. 2 BRG.)  
Nach den Entschuldigungsgründen sagt das Reichsarbeitsgericht nun folgendes:

Von der Erwägung ausgehend, daß die Verpflichtung der Beklagten sich nicht darin erschöpfe, im Austausch gegen geleistete Arbeitsstunden die vereinbarte Vergütung zu bezahlen, sondern auch bis zum letzten Tage der Vertragszeit den Kläger zu unterrichten, hat das Landesarbeitsgericht angenommen, daß auch die Lehrtätigkeit sich auf 48 Stunden zu erstrecken hatte, daß die Beklagte auch nach Einführung der Kurzarbeit verpflichtet gewesen ist, ihre aus dem Lehrungsvertrag ergebende Lehrverpflichtung durch Beschäftigung des Klägers in 48stündiger Arbeitszeit zu erfüllen, und daß sie trotz Einführung von Kurzarbeit hierzu in der Lage gewesen ist. Aus diesem Grunde hat es die Beklagte für verpflichtet erachtet, dem Kläger die volle 48stündige Wochenarbeitszeit zu vergüten.

Daß die Einführung der 24stündigen Wochenarbeitszeit beim Kläger im Einverständnis der Parteien erfolgt ist, indem auch der Vater des Klägers dem zu gestimmt habe, kann die Revision nicht mit Erfolg geltend machen, da es sich inwieweit um eine neue, in der Revisionsinstanz nicht beachtliche Behauptung handelt.

War aber die Beklagte vertragsmäßig verpflichtet, den Kläger in 48stündiger Beschäftigungszeit zu unterrichten und dementsprechend auch die vereinbarte Unterhaltsbeihilfe zu zahlen, so konnte sie, sofern nicht eine rechtswirksame Änderung des Vertrags erfolgte, von dieser Verpflichtung nur befreit werden, wenn Umstände vorliegen, die nach den auch das Arbeitsrecht beherrschenden Grundgesetzen von Treu und Glauben nach § 242 BGB. die Innehaltung dieser Verpflichtung als dem Beklagten nicht mehr zumutbar erscheinen lassen. Daß eine rechtswirksame Änderung des Inhalts des Lehrvertrags nicht erfolgt ist, das insbesondere auch ein Einverständnis des Betriebsrats oder Arbeiterrats mit der Einführung der Kurzarbeit die sich aus dem Lehrvertrag ergebenden Verpflichtungen nicht abändern konnte, hat das Landesarbeitsgericht richtig einwandfrei dargelegt. Es hat aber auch weiter in rechtlich nicht zu beanlandender Weise unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des Einzelfalles festgestellt, daß die Beklagte auch nach der Einführung der Kurzarbeit in der Lage gewesen wäre, den Kläger entsprechend der von ihr in dem Lehrvertrag übernommenen Verpflichtung während der 48stündigen Beschäftigungszeit im Dreifachdienst und in den sonstigen im Betriebe vorkommenden Arbeiten zu beschäftigen, ohne daß dies eine der Beklagten nicht zumutbare Belastung gewesen wäre.

Aus dieser Entscheidung der höchsten Instanz, dem Reichsarbeitsgericht, geht klar hervor, daß der Betriebsrat oder Arbeiterrat, selbst der Vater des Lehrlings, nicht berechtigt ist, Kurzarbeit unter Kühlung des Kofsgeldes für den Lehrling zu vereinbaren. Es muß vielmehr erst eine rechtswirksame Änderung des Lehrvertrags vorliegen. Da aber unsere Lehrvertragsordnung fast in allen Handwerksstammern des Deutschen Reiches angenommen und durchgeführt ist, und die gesetzlichen Vertreter der Lehrlinge auch nicht so ohne weiteres ja und Amen zu Kofsgeldkürzungen sagen werden, so ist auch dieser Weg abzuglühstern Buchdruckunternehmen verperrt.

W. S. J. n. e. t.

R. M. e. i. s. e. r.

### Die deutsche Zahlungsbilanz

Die Zahlungsbilanz nimmt im Rahmen der Volkswirtschaft einen viel wichtigeren Platz ein als die Handelsbilanz. Zu dieser steht sie in einem übergeordneten Verhältnis. Während die Handelsbilanz nur die Ein- und Ausfuhrwerte aus dem Warenverkehr einander gegenüberstellt und deren Differenz als Einfuhr- oder Ausfuhrüberschuf in die Erscheinung treten läßt, umfaßt die Zahlungsbilanz sehr viel mehr Posten. Gewiß bildet die Warenein- und -ausfuhr auch den wichtigsten Bestandteil der Zahlungsbilanz, aber daneben enthält sie noch die vereinnahmten oder verausgabten Beträge, die sich an Dienstleistungen knüpfen, die Reparationszahlungen und die Zinsen, die für das in Deutschland angelegte Auslandskapital aufgebracht werden müssen, wie auch umgekehrt, die Zinsleistungen des Auslandes für das deutsche Geld, das dort Anlage gesucht und gefunden hat. Die hier aufgezählten Posten treten, von den Reparationsleistungen abgesehen, die nur auf der Passivseite der Zahlungsbilanz rangieren, sowohl auf der Einnahmen- wie auch auf der Ausgabenseite der Zahlungsbilanz in die Erscheinung. Der Fall, daß die Einnahmen einmal genau so hoch wären wie die Ausgaben, ist nur in der Theorie denkbar. Die Praxis läßt stets Differenzen entstehen, die dann über die Kapitalbewegung ausgeglichen werden. Es ist ja klar, daß wir, wenn unsre Ausgaben im Außenhandel, an Dienstleistungen, Reparationen und Zinsen größer wären als die aus den gleichen Quellen fließenden Einnahmen, dann den entscheidenden Unterschied irgendwie ausgleichen müßten. Und zwar kann das geschehen, indem die in Deutschland lagernden Gold- und Devisenbestände zum Ausgleich herangezogen werden, daß Auslandsanleihen aufgenommen werden oder deutscher Wert an Ausländer verkauft wird. In dem zu schaffenden Ausgleich liegt die eigentliche Bedeutung der Zahlungsbilanz. Eine paßlose Handelsbilanz würde uns nicht fören. Sogar ein reiches Vorkriegsdeutschland war unsre Handelsbilanz paßlos, aber die Zahlungsbilanz nicht. Heute ist das gerade Gegenteil der Fall. Unsre Handelsbilanz schloß im vergangenen Jahre mit einem Ausfuhrüberschuf von 1,5 Milliarden Mark ab, aber unsre Zahlungsbilanz blieb trotzdem paßlos.

Dieser Zustand hat zu all den unerfreulichen Erscheinungen geführt, die wir in letzter Zeit auf dem deutschen Geldmarkt beobachten konnten, und die das reiche Amerika zu der bekannten Hoover'schen Hilfsaktion veranlaßten.

Aber betrachtet wir zunächst die einzelnen Posten der deutschen Zahlungsbilanz. Und zwar sollen zuerst die gegenseitigen Leistungen und ihre Erträge und dann die zu ihrem Ausgleich notwendigen Kapitalbewegungen dargestellt werden. Es sei noch bemerkt, daß alle hier angegebenen Zahlen einer amtlichen Quelle, nämlich der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ entnommen sind. Eine Gegenüberstellung der einzelnen Posten der Zahlungsbilanz für das Jahr 1930 ergibt folgendes Bild:

	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	in Milliarden Mark		
Warenhandel . . . . .	12,1	10,6	+ 1,5
Dienstleistungen . . . . .	1,1	0,9	+ 0,2
Zinsen . . . . .	0,4	1,2	- 0,8
Reparationen . . . . .	—	1,7	- 1,7
Zusammen	13,6	14,4	- 0,8

Unsre Handelsbilanz (also die uns im Warenaustausch mit dem Ausland entstehenden Einnahmen und Ausgaben) war im Jahre 1929 ausgeglichen. Im Jahre 1930 hingegen wurde ein Ausfuhrüberschuf von 1,5 Milliarden Mark erzielt. Dieser entstand dadurch, daß unsre Einfuhr sehr viel stärker zurückging als unsre Ausfuhr. Die anscheinliche Aktivität unsrer vorjährigen Handelsbilanz ist in erster Linie auf die Wirkungen der Weltwirtschaftskrise zurückzuführen. Wir führen nämlich vornehmlich Rohstoffe ein, und gerade die sind im Verlaufe der Krise außerordentlich stark im Preise gesunken.

Der zweite Posten „Dienstleistungen“ ist ein Sammelbegriff für eine große Zahl wirtschaftlicher Vorgänge. An der Spitze stehen die Einnahmen und Ausgaben für Schiffsfrachten. Im vergangenen Jahre haben deutsche Handelsschiffe für ausländische Dienstleistungen eine Frachtereinnahme von 511 Millionen Mark erzielen können, während ausländische Reedereien für Frachtleistungen von deutschen Kaufleuten nur 391 Millionen Mark erhalten haben, so daß die Frachtenbilanz mit einem Saldo von 120 Millionen Mark zu unsren Gunsten abschloß. Dieser Tatbestand ist um so bedeutungsvoller, als uns nach dem unglücklichen Kriegsende nicht nur die Kriegs-, sondern auch die Handelsflotte nahezu ganz genommen wurde. Die Frachtenbilanz vergangener Jahre gestaltete sich für uns noch sehr viel ungünstiger als im Jahre 1930, was sich wiederum aus der Weltwirtschaftskrise erklärt. Der Welthandelsumsatz ist sehr stark zurückgegangen und die ersparende große Überkapazität an Frachtraum hat den Konkurrenzkampf verschärft und die Frachten stark absinken lassen. Immerhin muß gesagt werden, daß sich die deutsche Handelsschiffahrt den schwierigen Verhältnissen durchaus gewachsen zeigte. Als zweiten Posten unter der Rubrik „Dienstleistungen“ finden wir den „Durchgangsverkehr“. Er umfaßt auf der Einnahmenseite unsrer Zahlungsbilanz die Ausgaben fremder Länder für Warenfrachten, die dadurch entstanden, daß fremde Güter, um an ihren Bestimmungsort zu gelangen, auf deutschen Eisenbahnen oder Binnenwasserstraßen transportiert werden mußten. Hieraus entstand uns eine Einnahme von 148 Millionen Mark, der eine Ausgabe für gleiche Zwecke in Höhe von 33 Millionen Mark gegenübersteht. Die verhältnismäßig große Differenz von 115 Millionen Mark zu unsren Gunsten erklärt sich in erster Linie aus der zentralen Lage des Deutschen Reiches. Für die Einnahmen und Ausgaben im Personenverkehr und die damit verbundenen Einnahmen und Ausgaben der Touristen liegen teilsweise zuverlässige Angaben vor. Das Statistische Reichsamt schätzt die hierfür in Frage kommenden Beträge auf beiden Seiten der Zahlungsbilanz auf 280 Millionen Mark, so daß ein Saldo nicht entsteht. Aus dem Versicherungsgeschäft sind uns im vergangenen Jahre 19 Millionen Mark zugeflossen, die dadurch entstanden, daß deutsche Versicherungsnehmer von ausländischen Versicherungsgesellschaften einen Betrag von 67 Millionen Mark erhalten haben, während umgekehrt ausländische Versicherungsnehmer von deutschen Versicherungsgesellschaften nur 38 Millionen Mark erstattet bekommen. Für die Löhne ausländischer Arbeiter sind auf der Passivseite unsrer Zahlungsbilanz 60 Millionen Mark einbezogen, dem kein Gegenposten gegenübersteht, was sich in der Hauptsache daraus erklären dürfte, daß die im Ausland beschäftigten deutschen Arbeiter es kommen dafür hauptsächlich die Vereinigten Staaten von Nordamerika in Frage) möglichst schnell die Staatsangehörigkeit des Landes zu erwerben trachten, in dem sie Beschäftigung gefunden haben. Von den deutschen Auslandsvertretungen wurden im vergangenen Jahre 46 Millionen Mark ausgegeben, während die ausländischen Vertretungen in Deutschland nur 20 Millionen Mark ausgegeben haben, so daß eine Differenz von 26 Millionen Mark zu unsren Ungunsten entstanden ist. Da alle fremden Staaten, die eine deutsche Vertretung haben, auch in Deutschland ihre Beauftragten haben, erscheint die Differenz reichlich hoch und als Beweis dafür, daß unsre Auslandsvertretungen im Verhältnis zu denen anderer Länder sehr teuer arbeiten. Die übrigen Posten, die sonst noch unter dem Sammelbegriff „Dienstleistungen“ fallen, wie Filmlicenzen, Provisionen usw., weisen durchweg leichte Überschüsse für uns auf.

Als dritten Sammelposten finden wir in obiger Statistik die „Zinsen“. Danach haben wir im vergangenen Jahre für deutsche Gelder, die im Ausland angelegt waren, 0,4 Milliarden Mark an Zinsen erhalten, während das in Deutschland angelegte Auslandsgeld 1,2 Mil-

liarden Mark Zinsen erforderte. Bei diesem Posten entstand demnach ein Saldo von 0,8 Milliarden Mark zu unsren Ungunsten. Die hier angegebenen Zahlungsrößen dürfen nicht zu falschen Schlussfolgerungen verleiten. Man könnte geneigt sein, aus der Höhe der Zinsbeträge auf den Umfang unsrer Auslandsverfchuldung und die Höhe der Beträge zu schließen, die von Deutschen im Ausland angelegt sind. Aus der Tatsache, daß wir 1,2 Milliarden Mark Zinsen zu zahlen haben, aber nur 0,4 Milliarden Mark an Zinsen vom Ausland erhalten, darf nicht geschlossen werden, daß dreimal so viel Auslandskapital in Deutschland arbeitet wie deutsches Geld im Ausland angelegt ist. Hier spielt nämlich der Zinsfuß eine entscheidende Rolle. Da dieser in den Ländern, die hauptsächlich als Aufsuchtsstätten für die deutschen Gelder in Frage kommen, also in der Schweiz, in Holland, Schweden und andern Ländern ungewöhnlich niedrig, in Deutschland aber ebenso ungewöhnlich hoch war, ja, da der deutsche Zinsfuß vielfach doppelt und dreifach so hoch war wie in den eben erwähnten Staaten, ist aus dem hier angegebenen amtlichen Zahlenmaterial zu schließen, daß ungefähr genau so viel deutsches Geld im Ausland angelegt ist wie ausländisches in Deutschland. Es hat in den Zeiten der stärksten deutschen Kapitalflucht Tage gegeben, wo ausländische Banken für kurzfristige Gelddarlehen fremder Gläubiger überhaupt keine Zinsen zahlten, sondern in Einzelfällen sogar noch Depotsgebühren, also eine Entschädigung dafür verlangten, daß sie überhaupt das Geld annahmen.

Den letzten Posten stellen die Reparationslieferungen dar, die mit 1,7 Milliarden Mark nur auf der Passivseite der deutschen Zahlungsbilanz erscheinen. Sie bilden den größten Passivposten, aus dem auch der Passivsaldo der Gesamtzahlungsbilanz resultiert. Auf seine Bedeutung kommen wir an anderer Stelle noch zurück.

Wie wurde nun der Passivsaldo in der vorjährigen Zahlungsbilanz ausgeglichen? Darüber gibt folgende Tabelle, in der die Kapitalbewegungen dargestellt sind, Aufschluß.

	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	in Milliarden Mark		
Gold- und Devisenbewegung			
bei den Notenbanken . . . . .	2,0	0,1	+ 0,1
Langfristige Kapitalbewegung	0,2	1,3	+ 0,6
Kurzfristige Kapitalbewegung	1,2	1,2	—
Zusammen	4,3	2,6	+ 1,7

Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß wir durch Herannahme von langfristigen Auslandsanleihen (langfristige Kapitalbewegung) und eine Vermehrung unsres Gold- und Devisenbestandes ein Plus von 1,7 Milliarden Mark in der Zahlungsbilanz zu verzeichnen hatten. Der in der ersten Tabelle ausgewiesene Passivbetrag aus Warenlieferungen, Dienstleistungen, Zinsen und Reparationen machte 0,8 Milliarden Mark aus. Er ist durch die Kapitalbewegung, vor allem durch die von uns hereingenommenen Auslandsanleihen, ausgeglichen, und dann bleibt noch ein Mehr von 0,9 Milliarden Mark. Diese Summe erweist sich demnach als ein Zwiefel. Sie ist wieder ins Ausland abgeflossen. Hier zeigen sich die Früchte der deutschen Reichstagswahlen vom 14. September des vergangenen Jahres. Diese lösten eine starke Kapitalflucht aus, so daß sich die Reichsbank genötigt sah, den Diskontfuß von 4 auf 5 Proz. zu erhöhen. Wären die damals geflüchteten Kapitalien zur Abdeckung unsrer kurzfristigen Auslandsschuld verwendet worden, so wäre uns später noch manche schwierige Situation erspart geblieben.

So zeigt uns eine Betrachtung unsrer Zahlungsbilanz mit unverkennbarer Deutlichkeit die finanziellen Krisenherde, die ihrerseits wieder zu Unruhestiftern im Wirtschaftsverlauf werden. Es ist schon erwähnt worden, daß der in der ersten Tabelle ausgewiesene Reparationsbetrag zu einer Passivität unsrer Zahlungsbilanz führte. Um diesen auszugleichen, nehmen wir Anleihen im Ausland auf. Aber zu gleicher Zeit wandern Riensbeträge deutsches Geldes ins Ausland. Durch diese Ungleichheit der Kapitalverteilung wird eine stetige Unsicherheit geschaffen, die erst kitzlig uns und die ganze Welt bewegt. Soweit das Ausland sein Gelder in Deutschland kurzfristig angelegt hat, kann deren plötzliche Rückforderung die Reichsbank in die größte Verlegenheit bringen. Gestellt sich dazu noch eine starke Welle der Kapitalflucht, wie wir es dieser Tage erleben konnten, so strömen Gold und Devisen ab. Denn nur damit sind die Ansprüche der fremden Gläubiger zu befriedigen. Die Reichsbank aber ist durch das Bankgesetz verpflichtet, so viel an Gold und Devisen vorrätig zu halten, daß der in Deutschland umlaufende Betrag an Banknoten mit mindestens 40 Proz. gedeckt ist. Will sie dem Goldabstrom wirksam steuern, so kann sie es nur durch ein Heraufsetzen des Zinsfußes. Das ist ja auch geschehen, indem der Reichsbankdiskont diesmal um zwei Prozent erhöht worden ist. Nun kommt die vom amerikanischen Präsidenten Hoover eingeleitete Hilfsaktion. Sie setzt ein bei dem Posten „Reparationen“. Dieser soll für ein Jahr aus der deutschen Zahlungsbilanz verschwinden. Damit würde sich diese mit einem Schlage aktiv gestalten. Wir würden in den Stand gesetzt, die kurzfristige Auslandsverfchuldung abzulösen und Devisen anzufammeln, wodurch einer fühlbaren Senkung des deutschen Zinsfußes die Wege geebnet wären. Wobei immer Vorbedingung ist, daß nicht eine neu einsetzende Welle der Kapitalflucht diese Wirkungen illusorisch macht. Eine Senkung des Zinsfußes aber ist der stärkste Motor zur Wirtschaftsbelebung, so daß besonders von Arbeiterstandpunkt aus dem Hoover'schen Plan ein volles Gelingen zu wünschen ist, denn der deutsche Arbeiter leidet unter der Wirtschaftskrise am härtesten.

### Korrespondenzen

**H. Breslau.** (Korrespondenz.) Die 7. Wanderversammlung des Vereins schlesischer Korrektoren wurde am 5. Juli in der schönen Gartenstadt Liegnitz abgehalten. Eingeleitet wurde dieselbe vom Gesangsverein „Gutenberg“ (Liegnitz) durch die Chöre „Arbeiterlied“ und „Notgardienemarsch“. Kollege Johannes Schneider (Liegnitz) begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen und gedachte der in der Zwischzeit verstorbenen Mitglieder. Hierauf eröffnete der Vorsitzende die Versammlung, dankte den Sängern und ließ die Vertreter des Gau-, Bezirks- und Ortsverbandes herzlich willkommen. Nach Bekanntgabe einiger Eingänge begrüßte er sieben Kollegen, welche auf eine 20jährige Mitgliedschaft zurückblicken können. Kollege Hermann sprach über „Tagesfragen“, wobei er zunächst die allgemeine Wirtschaftslage streifte und darauf hinwies, daß auch bei uns die alten Kollegen ausgefallert werden, ohne daß Neueinstellungen erfolgen. Um Arbeitslose unterzubringen, sei es notwendig, die Arbeitszeit bedeutend zu verkürzen. Da sich herausgestellt hat, daß die Personale bei verkürzter Arbeitszeit immer mehr angetrieben werden, sei die Einführung der 5-Tage-Woche zu fordern, wodurch Einstellungen erfolgen müssen. Das dies möglich ist, beweise die Tatsache, daß sie in diesen amerikanischen Druckereien schon seit Mai besteht. In einer Zeit, wo alles gegen die Gewerkschaften Sturm laufe, sei es Ehrensache, trenn zum Verband zu stehen, wenn auch die Beiträge fast unerschwinglich werden. Die politischen Parteien haben jeder Kollege im Auge zu behalten, um zu erkennen, wo seine Interessen gewahrt werden. Auf die Parteienfragen eingehend, betont der Redner, daß es heute wohl nicht mehr nötig sei, deren Existenzberechtigung besonders zu beweisen, nachdem sie schon über 30 Jahre erfolgreich für die Kollegenarbeit gearbeitet haben. Duben und die Kleinschreibung wurden nur kurz gestreift, da sich unsere Hauptversammlung damit ausschließlich beschäftigt hat. Eine gründliche Reform der Rechtschreibung müsse erfolgen. Dabei werde sich kein Buchdrucker einem vernünftigen Fortschritt in den Weg stellen. Da wir in einer Zeit leben, in der immer größere Anforderungen an den einzelnen Kollegen gestellt werden, wurde auch diese Frage eingehend erörtert. Eine allgemeine Norm lasse sich bei der Verschiedenartigkeit schwer aufstellen, doch müsse auch hier etwas geschaffen, um unsere Kollegen vor Überlastung zu schützen. Jeder Kollege müsse wissen, was man von ihm fordern könne. Von großer Wichtigkeit sei es, bei Befolgung von Korrektorentstellungen darauf zu achten, daß diese nicht von Berufsfremden eingenommen werden, wie es in einigen Orten der Fall gewesen ist. In dieser Frage ist die Mithilfe der Betriebsräte und aller Verbandsfunktionäre erforderlich. Auf das Bildungswesen eingehend, empfahl der Redner, an allen größeren Orten Rechtschreibkurse einzurichten und nach Beendigung derselben Preis schreiben für die Jugendbuchdrucker zu veranstalten. Mit der Aufforderung, jeden Neubau der in Schlesien noch sehr niedrigen Übermünzungsbezahlung abzuwehren, schloß der Redner seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Die Aussprache war sehr reg. Sie beschäftigte im allgemeinen das Vorgetragene. Kollege Schürz gab hierbei seine Erfahrungen als Vorsitzender des Bezirksverbandes in einer Klagefalle wegen Zahlung des Korrektorenhaltungs zum Besten. Unter „Verstehensmangel“ wurde dem Vorschlag zugestimmt, den Beitrag in der alten Höhe zu belassen. Kollege Wolter erklärte um Beachtung des Beschlusses, die Beiträge monatlich einzulegen. Um die Ausgaben zu verringern, wurde der Vorschlag des Kollegen Stiery auf die Entsendung von Delegierten zur Hauptversammlung zu verzichten, einstimmig angenommen. Aus dem gleichen Grunde verzichteten die Verbandmitglieder auf je 5 M. ihrer Jahresentschuldigung. In der Angelegenheit Grunewald und Schrader lag eine gedruckte Erwiderung des Kollegen Schrader vor, welche wegen vorgerückter Zeit nicht mehr verlesen werden konnte. Kollege Wilmann versprach, diese vervielfältigen zu lassen, um sie den Ortsgruppen zuzufertigen. Es wurde einstimmig beschlossen, die nächste Wanderversammlung in Hirschberg abzuhalten. — In die Versammlung schloß sich ein gemeinsames Mittagessen. Die Tafelmusik stellte das Buchdruckerquartett unter Leitung des Kollegen Gombke. Ein Spaziergang nach der

Wiesenbaude und ein gemüthliches Beisammensein beschloßen die Tagung in schöner Weise.

**Düsseldorf.** Unsere Bezirksversammlung am 11. Juli wies außerordentlich starken Besuch auf. Die lebhafteste Aussprache über Extrabeträge und Kürzung der Unterführungen sowie die Lohntarifrevision am 1. September zeigten, daß den Kollegen in den vergangenen Monaten durch Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit, durch Lohnabbau und Leistungskürzung, durch Notverordnungen und Kräfteentzug das Menschlichste mögliche zugemutet wurde. Die Stimmung fand ihren Ausdruck in folgender einstimmig angenommenen Resolution: „Die Düsseldorf-Mitgliedschaft verlangt im Interesse unserer Erwerbslosen die Einführung der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich und allgemeiner Verpflichtung zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaß der Arbeitszeitverlängerung. Eine neue Senkung der Löhne nach der weiteren Belastung durch die letzte Notverordnung und eine Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich sind nicht tragbar. Für die Förderung der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich und Einstellungszwang hat der Verbandsvorstand auch das letzte gewerkschaftliche Kampfmittel, den Streik, zu organisieren. Für diesen Kampf hat der Verbandsvorstand das gesamte Verbandsvermögen flüssig zu machen. Von allen Partei- und Genossenschaftsbetrieben erwartet die Düsseldorf-Kollegen für alle Dingen die Erfüllung vorstehender Forderungen. Gegen den zu erwartenden neuen Ansturm unserer Unternehmer auf die Leistungszulagen hat der Verbandsvorstand die härtesten Maßnahmen zu ergreifen.“ Zum Ausschluß empfohlen wurde Johann der bisherige Geschäftsführer unseres Bezirksvereins, Kollege Schindler, wegen Kassenbetrugs. — Unser Johannisfest feierten wir am 4. Juli. Johannisfest im Notjahr 1931? Mancher Ortsverein hat darauf verzichtet. Wir latvierten unser Gewissen dadurch, daß wir die für das Fest aufgewandten Gelder fast ausschließlich unseren Erwerbslosen und Invaliden zugute kommen ließen. Im Mittelpunkt des Programms stand die „Proletarische Revue“, vermittelt durch unsere Bezirksabteilung. Die Revue, eine Kollektivarbeit, wies begeisterte Schwächen auf. Aber sie war ein Anfang für uns. Wir lernten daraus und werden in die Aufgabe hineinwachsen. Uns schien es, als ob der Kollegenangehörigen noch nie so gut gelungen habe als an diesem Abend. Das „Empor zum Licht“ war nicht nur ein sehr passender Auftakt zu der sich hieran anschließenden Revue, es war ein machtvolles Bekenntnis und Gebetswort. Und unser Jugendorchester? Wenn wir es an dritter Stelle nennen, so beläutet nicht, weil wir keine Leistungen gering werten. Im Gegenteil, es hat untreulich am meisten zum Gelingen der Feier beigetragen. Es ist, das darf ohne Überhebung gesagt werden, keine Laienmusik mehr, die unser Jugendorchester bietet. Außerdem verschönte noch der Arbeitersportverein von 1895 das Fest durch rhythmische Tänze, die prächtig, ungelinstet und annützig wirkten. 50 Kollegen konnten für 25jährige Mitgliedschaft geehrt werden.

**Gleiwitz (Oberschl.).** Nachdem wir untern ersten Vorsitzenden Gustav Kramer, der nach fast 25jähriger Funktionstätigkeit uns so plötzlich durch den unerwartlichen Tod entrißen wurde, unter großer Anteilnahme der Kollegenchaft des ganzen Bezirks zu Grabe getragen haben, fand am 21. Juni eine allgemeine Trauerfeier in der Städtischen Feuerwehrtrochse mit dem Largo von Fändel. Der zweite Vorsitzende Mutschiol gab in einer fast dreiviertelstündigen Gedächtnisrede ein Lebensbild des Verstorbenen, der weit über die Grenzen Oberschlesiens bekannt war, für seine vorbildliche Funktionstätigkeit im Interesse des Ortsvereins und des Verbandes. Er war der Welter einer, ein lieber, treuer Mensch, ohne Fehle und Arg, ein Kollege, der mit allen Fasern seines Herzens im Verbandsgedanken wurzelte. Auch des kürzlich vorher verstorbenen Kollegen Valentin Schynnura wurde ehrend gedacht. Würdig umrahmt wurde diese Gedächtnisfeier durch Gesangsbeiträge des Doppelquartetts der „Typographia“ unter Leitung des Kollegen Gogmann. Mit dem Liebslied unseres Gustav „Aus der Jugendzeit“ schloß der offizielle Teil der Trauerfeier ab. Über Zeit und Grab hinaus ist dem von uns Geschiedenen ein ehrendes Gedenken gewiß!

**Karlsruhe.** (Drucker. — Vierteljahrbericht.) In unserer am 3. Mai abgehaltenen Versammlung fand

nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten eine rege Aussprache über den bevorstehenden Ersten Südwestdeutschen Drucktag in Heidelberg statt. Unser Kreisvorsitzender, Kollege Feldtger, gab einen kurzen Bericht über die am 26. April stattgefundene Vorstandsbesprechung, aus welchem zu entnehmen war, daß die notwendigen Vorarbeiten bis ins kleinste getroffen waren, um einen reibungslosen Verlauf dieses Druckertreffens zu gewährleisten. Anschließend daran hielt Kollege Feldtger einen Vortrag über „Nationelles Arbeiten an der Rotationsmaschine“. Er konnte aus seiner langjährigen und reichen Erfahrung auf diesem Gebiete den anwesenden Rotationskollegen manchen wertvollen Rat geben, um ein störungsfreies Arbeiten zu ermöglichen. Die von großer Sachkenntnis getragenen Ausführungen fanden den ungeteilten Beifall der Versammlung. — Die Versammlung am 5. Juni mußte leider einer ehrenben Pflicht genügen. Kollege W. Weinzer, ein Gründungsmitglied unserer Sparte, wurde durch den Tod abgerufen. In seinem Nachruf brachte der Vorsitzende Kuhn zum Ausdruck, daß sich die heranwachsende Generation ein Beispiel an unsern älteren Kollegen nehmen soll, die unter schwierigen Verhältnissen große Opfer ihrer Gesundheit und materieller Art gebracht haben. In der Aussprache zum Heidelberger Drucktag wurden die Vorläufe des Vorstandes genehmigt. Der Domain der Schlesischen Kommission brachte zwei Schiedsamturteile über die Befolgung der Schwarzpresse und die Automatik-Schnelldrucke, welche mit Erfolg für die Drucker reklamiert wurden, zur Kenntnis. Einige Streikzüge über die diesseitige Tätigkeit der Schlesischen Kommission ergänzten seine Ausführungen. Am 13. und 14. Juni haben etwa 80 Kollegen am Ersten Südwestdeutschen Drucktag in Heidelberg teilgenommen, die von dem dort gebotenen Bekanntschaften in jeder Hinsicht zufrieden waren. Ganz besonderes Interesse wurde dem Vortrag des Kollegen Schröder (München) über das zeitgemäße Thema „Drucktechnik in Vergangenheit und Gegenwart und ihr Einfluß auf die Arbeitsweise des Buchdruckers“ entgegengebracht. Der Vortrag fand durch die Vorführung einiger neuzeitlicher Druckautomaten sowie einer mustergetreue ausgestatteten Druckmaschinenstellung eine wertvolle Ergänzung.

**Koburg.** Wie schon des öfteren, trafen sich auch dieses Jahr die Kollegen der Ortsvereine Koburg und Bamberg am Sonntag, dem 28. Juni, in Staffelfeld, um in Gemeinschaft das Johannisfest zu begehen. Eine überaus stattliche Zahl von Teilnehmern, es mögen wohl an 500 gewesen sein, zogen unter klingendem Spiel in das historische Städtchen ein, das der berühmte Rechenmeister Adam Riese seine Geburtsstadt nennt und von der Viktor von Scheffel im Liebes sagt: „Zum heiligen Zeit von Staffelfeld komm ich emporgestiegen, und ich die Lande um den Main zu meinen Füßen liegen.“ Im Festsaal der Brauerei Brütting wurde am Vormittag die Bezirksversammlung des Bezirks Bamberg abgehalten, in der zweiter Gauvorsitzender Ebert (München) ein vollendetes Referat über „Wirtschaftliche und politische Tagesfragen“ hielt. Alle Kollegen waren sich darüber einig, daß dieses Referat ein inneres Erleben war, das noch lange im Herzen der Kollegen nachklingen wird. Der Nachmittag war der Fideletas voll und ganz gewidmet. Gar bald entwickelte sich ein familiäres Tun und Treiben, das durch Konzert und Gesang sowie einen guten Tropfen Brüttingbräu noch verschönert wurde. Erst als die Sonne zur Rufe ging trennte man sich wieder, jedes den heimatischen Geldern zustrebend, mit einem herzlichen auf Wiedersehen Johann 1932 in Koburg. — Die Mitgliedschaft Koburg ließ das Johannisfest in einer Festversammlung, verbunden mit Ehrung anläßlich 25jähriger Verbandszugehörigkeit, auslingen. Im Saale des Koburger „Volkshauses“ traf man sich am Sonnabend, dem 4. Juli, wofür bei Konzert und Gesang die Kollegen Hugo Martin, Georg Geyer, A. Haren Schmidt, Rich. Schöberger und Albert Paschold für ihre Treue zur Organisation geehrt wurden. Vorsitzender W. Smolinski betonte in seiner Festansprache die Notwendigkeit der Treue gegen uns selbst, heute mehr denn je. Besonders die Jugend möge sich ein Beispiel daran nehmen, festzuhalten an dem stolzen Glauben einer einigen und starken Organisation, dem Verband der Deutschen Buchdrucker.

**Magdeburg.** Unsere Bezirksversammlung am 5. Juli hatte trotz der sommerlichen Zeit einen zufrieden-

### Sonnen- und Luftbäder als Gesundheitsquellen

**1. Warum und wohnimmt man Sonnenbäder?**  
 Eine der größten medizinischen Errungenschaften der neuesten Zeit ist die Entdeckung (Wiedereinnahme) der Heilkraft der Sonne. Die Sonne, die große Wärme- und Lebensspenderin, ihre heilungserregenden Strahlen, ihre leitende Fähigkeit — es ist für die Wirkung gleichgültig, ob insbesondere die ultravioletten Strahlen dabei ausschlaggebend sind — bildet heute wieder einen schwer zu missenden Bestandteil der ärztlichen Heilweise. Dem Gesunden zur Bewahrung, dem Kranken zur Heilung wird heute Sonne verordnet. Für Kinder zumal ist Licht und Luft zehntausendmal wichtiger und förderlicher als aller Verbertran und andre die Entwicklung begünstigende Mittel.

Die schönsten Erfolge der Sonnenbehandlung werden aus den Hochalpen berichtet. Hier unterstützt die dünnere Luft die Einwirkung des Sonnenlichtes. Den meisten Menschen fehlen Zeit und Mittel, um diese Orte aufzusuchen. Das ist auch nicht nötig. Jede Stadt bietet die Möglichkeit, nach Wunsch Luft- und Sonnenbäder zu nehmen. Es gibt überall private Sonnenbäder; sie verdienen Unterstützung. Aufgabe der Stadtverwaltung ist es jedoch, wie Volkswandbäder, so auch Volks-Luft- und Sonnenbäder einzurichten. Ohne großen Aufwand können sie in den Parks und Anlagen, wie sie in jeder Stadt, namentlich in den Außenzonen, zu finden, angelegt werden. An zahlreichen Orten ist das schon geschehen.

Aber wer darauf bedacht ist, findet auch im Mittelpunkt einer Stadt Nähe, wo er die Sonne auf sich einwirken

lassen kann, wenn auch in bekleidetem Zustand. Bänke in den Anlagen, an den Südflecken ruhig gelegener Gebäude, gewähren Hunderten die Möglichkeit, inmitten des Häusermeeres den goldenen Strahl aufzunehmen, wie es der Wanderer im Hochgebirge kann. Die Mutter kann den Säugling im Wagen auf den besonnten Balkon stellen oder an das offene Fenster, durch das die Sonne scheint. Die kleinen Kinder sollen am Spielplatz der nächsten Anlage sich beschäftigen. Der Kranke, der Genesende lasse — so weit ärztliche Anordnung damit einverstanden ist — seinen Stuhl ans Fenster schieben, um den heilpendenden Strahl zu nützen. Für den Überlegenden sind auch in der Großstadt viele Möglichkeiten der Sonnenempfangnis gegeben, sie werden nicht immer genügend ausgenützt.

**II. Wie nimmt man Sonnen- und Luftbäder?**  
 Die eigentlichen Sonnenbäder werden in unbedecktem bzw. wenig bekleidetem Zustande genommen. Die Einwirkung der Sonnenstrahlen auf die Haut ist sehr stark. Der unbedeckte Körper darf der Sonne nicht so lange ausgesetzt werden; langsame Gewöhnung ist nötig. Hier werden Fehler begangen. Ein Körper, der monatelang nicht der freien Sonne ausgesetzt war, kann nicht plötzlich eine Stunde besonnt werden, ohne Schädigung zu erfahren. Eine bestimmte Zeitdauer des Sonnenbades kann nicht vorgeschrieben werden. Das hängt von der einzelnen Persönlichkeit ab, vor allem aber von der Gewöhnung. 10 bis 15 Minuten im windstillen Sonnenbad sind anfangs vollkommen hinreichend. Allmähliche Steigerung ist möglich. Sobald die ersten Zeichen von Unbehagen, namentlich Herzstößen, Kitzeln vor den Augen, Schwindelgefühl auftreten, ist das ein Zeichen, daß die zuträglichste Grenze überschritten ist. Nicht nach der Uhr

muss man sich richten, sondern nach diesen Zeichen. Man muß sich immer wohl und behaglich fühlen. Es darf keine Gewalttat sein.

Weschen der Lage ist empfehlenswert, damit gleichmäßige Besonnung aller Körperstellen eintritt. Die Pigmentbildung in der Haut, die Bräunung, ist ein Schutzmittel gegen zu starke Wirkung der Bestrahlung. Es tritt bei vielen Menschen langsam und wenig stark auf, bei andern in kurzer Zeit auffallend stark. Ein Angehöriger für größeren oder geringeren Grad von Gesundheit, wie man oft mutmaßen hört, bildet diese Erscheinung nicht. Allzu lange Besonnung einer Hautstelle kann Verbrennungen hervorrufen, die sich erst in Rötung, später in Blasenbildung mit heftigen Schmerzen äußert. (Gießfließbrand.) Es kommt vor, daß bei Nichtgewöhnung ein allzu langes Sonnenbad zunächst gar keine weiteren Beschwerden macht, und erst am Nachmittag oder am nächsten Tag treten die Verbrennungsercheinungen, verbunden mit Fieber, auf. Rasche Heilung tritt meist bei Trockenhaltung der Hautstellen, Einpudern (Salicylpuder), Gelbenbehandlung ein. Festigere Grade erfordern freilich ärztliche Behandlung.

Unmittelbare Einwirkung der Sonnenstrahlen durch die Schädeldecke hindurch auf das Gehirn muß vermieden werden. Ein Sonnenstich, das heißt eine Blutüberfüllung des Gehirns mit schweren Folgen, Ohnmacht usw., kann sonst eintreten. Im Sonnenbad ist darum der Kopf zu bedecken, sei es durch ein Tuch, einen Hut oder was sonst. Wenn man im Sonnenbade liegt, muß die Rückseite im Schatten sein. Das grelle Licht der besonnten Seite schadet den Augen und ruft Entzündungsercheinungen und Augeninfektionen hervor.

Im Luftbad fällt die Sonnenwirkung fort. Es wird zur Anregung der Hauttätigkeit, zur Abhärtung,

stellenden Besuch aufzuweisen. Aus den einzelnen Orten des Bezirks waren die Kollegen zahlreich erschienen. Vom Gauvorsitz war der Kollege Weigelt (Salze) erschienen. Er überbrachte die Grüße vom Gauvorsitz und wünschte die Beratungen guten Verlauf. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Kollegen Biedel wurde kurz Stellung genommen zu der Motorordnung, zu den Maßnahmen des Verbandsvorstandes und zum Wbbau der überörtlichen Kasse. Die Sentung der Unterfertigungsfrage für die Erwerbslosen und Invaliden wurde von den Kollegen nicht gut verstanden. Sodann referierte Kollege Hessele (Leipzig) über das Thema „Die gewerkschaftliche Organisationsarbeit“. Er nahm hierbei gleichzeitige Stellung zu den Tagesfragen der Gegenwart und kam zu dem Ergebnis, daß der durch den staatlichen Zwang und Unternehmerterror rücksichtslos durgeführte Lohnabbau die wirtschaftlichen Zustände in Deutschland nicht gebessert, sondern noch katastrophaler gestaltet habe. Die Finanzen des Staates seien völlig durcheinandergebracht. Durch die Motorordnung wurden allen Arbeitenden neue steuerliche Lasten auferlegt und den Erwerbslosen, Kriegsoffizieren und Rentenermpfängern ihre großen Bezüge noch mehr gekürzt. Unter solcher Führung muß der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und damit der Finanzen des Staates erfolgen. Die Arbeiterkraft fordert Schluß mit dem Lohnabbau und solcher Führung. An ihre Stelle muß treten eine schärfere Belastung der bestehenden Klasse, die Kaufkraft der breiten Volksmassen muß wieder hergestellt werden und die Einführung der 40-Stunden-Woche mit Einstellungszwang und tragbarem Lohnausgleich zum Zweck der Einziehung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß. Der Redner verstand es weiter, die Zuhörer durch seine klaren, sachlichen und tiefgründigen Ausführungen zu fesseln und darüber hinaus den Weg zu weisen, der es den Gewerkschaften ermöglicht, die Wirtschaftskrise zu überleben. Selbstherrlicher Beifall besaß, daß die Versammlung mit den Ausführungen einverstanden war. — Nach Schluß der Versammlung verließen die Kollegen, zum Teil mit ihren Damen, noch im Garten des Versammlungsortes in frohlicher Stimmung bis zur Abfahrt derzüge belagerten.

**Mannheim.** (H andseher.) Die gegenwärtige Lage unseres Gewerbes und ihre Auswirkungen auf unsere Sparte gaben den Anlaß zu einer Bezirksvorsitzende n e t o n f e r e n z der Handsehervereinigungen im Gau Mittelrhein. Dieselbe fand am 12. Juli in Mannheim statt. Mit Ausnahme von Darmstadt und Mainz, die ihre Abwesenheit durch ein Schreiben begründeten, waren sämtliche Bezirke, in denen Handsehervereinigungen bestehen, vertreten. Vorsitzender E n s e l d e r streifte kurz die Entwicklung der Sparte im Gau seit der letzten Spätzahrt in Worms stattgefundenen Bezirksvorstandskonferenz und gab bekannt, inwieweit die dort gefassten Beschlüsse durchgeführt werden konnten. Uns diesem Bericht war zu entnehmen, daß unsere junge Sparte durch die Gleichgültigkeit der Handseherkollegen gegenüber ihren eigenen Interessen noch lange nicht im Gau den Platz einnimmt, der ihr zukommen sollte. Leider sind einzelne Austritte zu verzeichnen, die mit dem Lohnabbau, den fortgesetzten Beitragserhöhungen zur Sozialversicherung, Ertragsbeiträgen und Beitragserhöhung im Verband begründet wurden, so daß es den Anschein hat, als sollte und könnte der Spartenbeitrag von 10 Pf. pro Woche das übrige Mantel ausfüllen. Auch hat sich vor einigen Monaten die Handsehervereinigung Kaiserslautern aufgelöst. In der allgemeinen Debatte hierüber wurde der Vorsitzende beauftragt, anlässlich des 3. Pfälzischen Buchdruckertages in Kaiserslautern die dortigen Kollegen zur Wiederbelebung der Handsehervereinigung aufzumuntern. Des weiteren wurde beschlossen, im nächsten Jahr vor dem Verbands- und Gaukongress eine erweiterte Vorstandskonferenz mit aktuellem Referat in Wiesbaden zu veranstalten. Obwohl sich für ein allgemeines Handseherreferat ausgesprochen wurde, erlauben es die Kostenverhältnisse noch nicht. Jedoch sollen alle Spartenkollegen eingeladen werden. Kurze Situationsberichte ergaben fast für alle Bezirke das gleiche Bild. Mäßiger Versammlungsbetrieb und nicht zu verkehrende Gleichgültigkeit. Lediglich Ludwigshafen a. Rh. berichtete erfreulicherweise von Zuwachs und pflegte guten Optimismus. Maßnahmen zur Bekämpfung des Materialmangels wurden in den einzelnen Bezirken mit mehr oder weniger Erfolg durchgeführt. Gründungen von Arbeitsgemein-

schaften mit dem Bildungsverband zeitigten nicht das gewünschte Ergebnis und scheiterten teilweise am Widerstand des letzteren. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die in letzter Zeit im „Korr.“ erschienenen, sich gegen die Sparten richtenden Artikel erörtert. Einmütig wurde dabei betont, daß die Handseherpartei heute mehr denn je berufen sei und wir im eigenen Interesse alle Veranlassung haben, daran festzuhalten. Einen heftigen Meinungsaustrausch löste das Lohn- und Tarifproblem aus. Mit aller Entschiedenheit wurde gegen jeden weiteren Lohnabbau und Verschlechterung des Lebensniveaus Stellung genommen. Es wurde beschlossen, bei einer nachmaligen Tarifkundgebung, wie sie ja bereits in der „Zeitschrift“ angekündigt ist, scharfsten Protest zu erheben. Gerade wir Handseher, deren Entlohnung das Minimum des Tarifs darstellt, haben berechtigten Grund, dieses nicht mehr verringern zu lassen, sondern Verbesserung anzukämpfen. Werden doch heute ganz andere Ansprüche an unsere Leistungsfähigkeit gestellt, als das vor Jahrzehnten der Fall war. In dem der Vorliegende noch die Bezirksvorsitzenden erwähnte, in engerer Fühlungnahme mit dem Gauvorsitz zu bleiben, von Veranlassungen und sonstigen Veranlassungen ihn rechtzeitig in Kenntnis zu setzen, was ihm für die Zukunft zugeagt wurde, konnte er nach fünfminütiger Beratung die Sitzung schließen. Das zu allen Tagungsarbeiten allgemein bekundete Interesse läßt auf den gewünschten Erfolg auch in unserem Gau rechnen. — Anschließend an obige Sitzung konstituierten die Vorsitzende der Bezirke Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg über die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft. Mithin vertrat man sich bei einer derartigen Zusammenkunft mehr Wertbehaftung und Erfolg. Jährlich sollen drei Versammlungen, die als Wanderversammlungen gedacht sind, abgehalten werden. Trotz dieser Einrichtung bleibt die bisherige Organisation und Bezirksgruppenverwaltung bestehen, wie auch die Generalversammlungen von jeder Bezirksgruppe einzeln stattzufinden haben.

**Offenburg.** So h a n n i s e i e r, in dieser Notzeit, wo viele unserer Kollegen des Lebens Not und Bitternis besonders hart empfinden müssen, war für uns kein Fest von der Art, wie wir es in Hochkonjunkturzeiten gefeiert hätten, sondern in einfacher Form wollten wir den Gelingen unserer Kunst ehren. In zwangloser Weise fanden sich unsere Mitglieder mit Angehörigen und Berufskollegen am 4. Juli im benachbarten Reborte Zell-Indle ein. Gut vorgetragene Vorträge eines Doppelquartetts des Offenburgers Männergesangsvereins, Klavierkonzerte unseres Kollegen N e r l i n g e r, Begrüßung und Festworte vom Kollegen L i f f e r t z und E s c o r t u. a. schufen gemüthliche Stunden, die auch dazu angetan waren, unsere Kollegialität und Aufgaben als Verbandsmitglieder zu bezeugen.

**Ravensburg (Drucker.)** Am Sonntag, dem 5. Juli, fand unsere Bezirksvereinsversammlung im „Löwen“ in Saulgau statt. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles gab uns Vorsitzender F l e m m i n g (Ravensburg) einen Bericht von diesjähriger Druckertag in Heidelberg. Anschließend wurden die Ergebnisse der letzten Zwischenprüfungen in unserm Bezirk unter die Lupe genommen, mit dem Ergebnis, daß es mit dem Ausbleiben der Lehrlinge von seiten der Prinzipale in Oberchwaben noch sehr faul ist. Von der Hoppenausfachschule Stuttgart wurde eine Rundsendung aufgelegt, welche eine rege Diskussion auslöste. In seinem Schlusswort forderte Kollege F l e m m i n g die Drucker auf, trotz der schweren Zeit treu zur Sparte zu stehen. — Nach der Versammlung machte man einen Spaziergang, welcher auf der Schillerhöhe endete, wo das oberchwäbische Druckertreffen einen guten Abschluß fand.

**Stuttgart (Drucker — Vierteljahrsbericht.)** Im abgelaufenen Vierteljahr fanden folgende Veranstaltungen des Druckervereins Stuttgart statt: zwei Besichtigungen, eine Mitgliedsversammlung, eine Filmvorführung und die Teilnahme an dem Südwestdeutschen Druckertag in Heidelberg, am 14. April besichtigten wir in der Werkstatt der Firma Richard Schöber (Stuttgart) die Johannsberger Vordruckmaschinen „Alpit“, „Diana“ und „Vorwärts“ mit Vogenführungsapparat „Simplex“ sowie die Tiefdruckpresse „Komet“ mit An- und Ablegeapparat „Neobord“ der Firma Paul Glöckner (Leipzig). Anschließend hörten wir einen Richtwidervortrag von Herrn Dipl.-Ing. Kutin über den Anlege-

auch an sonnenfreien Tagen, auch im Schatten genommen. Hier sind B e w e g u n g e n die wichtige Ergänzung des Bades: Laufen, Turnen, Spielen, Reiten der Haut. Rittgefühl oder Schauer darf nicht auftreten, sonst müssen energiegeladene Bewegungen durchgeführt oder das Luftbad abgebrochen werden. Ein Luft-Sonnenbad, verbunden mit Bewegungen, ist beim Gefunden dem reinen Liegekommenbad im allgemeinen bei weitem vorzuziehen.

**III. Rolle des Wassers beim Sonnenbad.**  
Am günstigsten ist eine Verbindung von Wasser- und Sonnenbad. Die Vorteile zweier gesundheitsfördernder Elemente vereinigen sich hier. Der Wechsel von Wasser und Sonne kann bei allmählicher Training mehrmals durchgeführt werden, ohne daß eine Schädigung auftritt. Auch hier zeigt das Blutgefäßsystem am feinsten die körperliche Belastung an: schädliche Übertreibung offenbart sich meist zuerst durch Herzklappen. Darauf muß man achten und darf nicht aus Vergehüßen am Spiel oder aus „Grundfäden“, wie es zuweilen geschieht, noch lange nach Verspüren unangenehmer Empfindungen weitermachen. Älteren Personen schadet natürlich manches, was ein junger Mensch ungekraft wagen kann: die Gefäße sind im Alter nicht mehr so elastisch wie in der Jugend. Darauf muß Rücksicht genommen werden.

An vielen Sonnenbädern sind Duschen oder andre Vorrichtungen zur Wasserentnahme angebracht. Der Körper fühlt sich viel wohler, wenn zwischen die Besonnung ein anderer Körperreiz durch zeitweilige Einwirkung kalten Wassers eingeschaltet wird. Am günstigsten und allem andern vorzuziehen ist die B e r e i n i g u n g v o n S c h w i m m z, L u f t- u n d S o n n e n b a d. Sie stellt das

nicht immer erreichbare Ideal dar. Hier findet auch der Abwechslungsreicht des Menschens seine Befriedigung.

**IV. Was muß man als schädlich beim Sonnenbad vermeiden?**

Wer bisher verstanden hat, um was es sich handelt, weiß eigentlich schon von selbst, welche Dinge beim Sonnenbad zu vermeiden sind, um Schädigungen des Körpers hintanzuhalten. Aber die Betonung derartiger Fehler ist besonders wichtig; denn in ungeteilter Verallgemeinerung werden Schädigungen, wie sie bei Luft- und Sonnenbad zur Beobachtung gelangen, dem ausgezeichneten Prinzip zur Faust gelegt und nicht den zu entfernenden Auswüchsen. Ein reines Sonnenliegebad ist eine anstrengende Kur, die keineswegs jeder verträgt. Abermals hat schlechten Schlaf, Abmagerung und hochgradige Nervosität in raschem Gefolge. Was aber übermäßig ist, das sagt keine Regel, das sagt nur das persönliche Befinden. Wo s o h l g e f i h l muß nach der Besonnung eintreten, sonst war es zu lange durchgeführt. Von keiner Medizin, und wenn sie noch so heilsam ist, darf man mehr nehmen, als zuträglich ist.

Darum seien noch einmal die Leitfäden zusammengefaßt, deren Befolgung allein einen günstigen Einfluß des Sonnenbades verheißt: Nicht zu lange! Aufhöhen oder unterbrechen, wenn sich erste Zeichen von Unbehagen, Herzklappen, Flimmern vor den Augen usw. zeigen, womöglich aber schon vorher! Allmähliche Steigerung der Sonnenbaddauer, kein brüskes „Durchhaltenwollen“! Bestimmter Zeitaltschnitt! Es nicht zur Bildung von Wafen durch die Besonnung kommen lassen, Körperbewegung im Luftbad! Kopfbedecken im Sonnenbad! Wo es möglich ist, Wasser, Luft- und Sonnenbad miteinander verbinden!

Dr. W. S c h w e i s s e i m e r.

apparat „Simplex“ der Firma Heinrich Rohrbacher (Berlin). — Die Mitgliederversammlung vom 26. April war sehr gut besucht. Unser Kreisvorsitzender B i t t e r hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Einheitliche Zurückweisung“. Der Vortrag war ein wertvoller Beitrag zu den Bestrebungen auf Schaffung von Richtlinien zu einheitlicher Zurückweisung. Die Ausführungen in dieser Sache sind innerhalb Deutschlands nicht einheitlich. Oft werden sie auch missverstanden. Die Gründe, die für eine einheitliche Zurückweisung sprechen, sind zahlreich und überzeugend. Bei Schichtarbeit ist eine einheitliche Zurückweisung eine wesentliche Voraussetzung zum Gelingen der Arbeit. Bei Beschäftigung sogenannter „Fiktiver“ in den Maschinenfabriken trifft dies ebenfalls zu. Kollegen, bei denen es an der Beherrschung einer sachgemäßen Zurückweisung fehlt, haben manchmal mehr unter der wirtschaftlichen Krise zu leiden als diejenigen, die mit der Forberung der Zeit gehen. Damit ist natürlich gesagt, daß die große Arbeitslosigkeit darin ihre eigentliche Ursache hat. In der sich anschließenden technischen Diskussionsstunde wurde über Erfahrungen beim Druck von Spezialdrucken berichtet. Die Lehrliche Zurückweisung nahm einen breiten Raum in der Aussprache ein. Übereinstimmend wurden die übertriebenen Behauptungen des Kollegen Lehr zurückgewiesen. Die Erfahrungen, die die Kollegen damit gemacht haben, stehen in starkem Widerspruch zu den geschäftstüchtigen Anpreisungen, mit denen Kollege Lehr die Fachwelt zu gewinnen sucht. — Am 6., 7. und 8. Mai veranstaltete die Berufsvereinschaft Filmvorführungen, an denen sich der Druckerverein beteiligte. — Am 16. Mai besichtigten wir die herrlich auf Stuttgarts Höhen gelegene Blindenanstalt. Zahlreiche Kollegen mit Angehörigen hatten sich eingefunden. Die Einrichtungen der Anstalt sind darauf angelegt, dem Blinden einen neuen Lebensinhalt zu geben. Was mit den Augen nicht aufgenommen werden kann, ersetzt der oft erstaunlich feine Tastsinn. Besonders Interesse fand die Blindendruckerei. Zu welcher Fertigkeit es im Leben dieser Schrift bringen kann, wurde praktisch von den Blinden vorgeführt. Kollege K e l l e r dankte in kurzen trefflichen Worten für die Führung. Er würdigte die Arbeit der Lehrer, die einen echten Dienst an der Menschheit leisten. — Am 14. Juni bestätigte sich der Druckerverein am Südwestdeutschen Druckertag in Heidelberg. 336 Kollegen und Angehörige führten in 8 Omnibusen durchs herrliche Neckartal nach der alten Wulfsstadt. Aber den Verlauf der Tagung ist bereits im „Korr.“ ausführlich berichtet worden. Die Gewerbeschule Hoppensau, Stuttgart, besaß die Tagung mit einer muster-gültigen Ausstellung, die Fachlehrer Kollege Zuber aufgebaut hatte. In überflüssiger Weise wurde der Aufbau einer Satz-, Platten- und Lithografierenform vom Formschleifen bis zur fertigen Zurückweisung gezeigt. Die Ausstellung fand allgemeinen Anklang und wird zur Zeit in der Gewerbeschule Hoppensau für alle interessierten Kreise gezeigt. Von der Ausstellung wird eine stärkere Wirkung der Arbeit des Druckers erwartet. Die Leitung der Stuttgarter Gewerbeschule (Herr Direktor Bah) hat die Arbeiten zur Ausstellung vorbildlich unterstützt. Ihn und dem Fachlehrer, Kollegen Zuber, sei auch an dieser Stelle der besondere Dank des Druckervereins Stuttgart ausgesprochen.

**Allgemeine Rundschau**

**Überstundenentschädigung für Lehrlinge.** Der Kölner Fachauschuß hatte Anfang 1929 den Beschluß gefaßt, als Überstundenentschädigung für Lehrlinge das doppelte Stundenlosgeld festzusetzen, wie es bereits in der ersten Lehrlingsverordnung von 1920 zwischen den vertragsschließenden Organisationen vereinbart worden war und wie es auch andere Fachauschüsse beschlossen hatten. Als später eine Zwangssinnung für das Buchdruckergewerbe gegründet worden war, verfuhr deren Obermeister unangesehen, den Beschluß vom Februar 1929 wieder umzusetzen und erzielte schließlich auch, daß die Ortsgruppe Köln des Deutschen Buchdrucker-Vereins einen dahingehenden Antrag an den Fachauschuß richtete. In der Verhandlung stimmten die Prinzipalschlichter dafür, die Gehilfenbeiträge dagegen. Der Handwerksammerdebetreter, der den Streitgeschied hätte fallen können, schlug vor, ein unparteiisches Schiedsamt einzusetzen, dessen Urteil endgültig sein sollte. Dieses Schiedsamt wurde auch eingesetzt und lagte am 4. August unter dem Vorsitz des Landgerichtsrichters Dr. Witz. Es folgte folgende Entscheidung: „Der vom Fachauschuß in seiner Sitzung vom 27. Februar 1929 hinsichtlich der Überstundenentschädigung gefaßte Beschluß wird aufrechterhalten.“ Danach muß das doppelte Stundenlosgeld für Überstunden der Lehrlinge weitergezahlt werden.

**Massenänderungen im Buchdruckergewerbe.** Unter dieser Überschrift wird in der Berliner Preße mitgeteilt, daß die Firma Otto Eisner (Berlin) annähernd hundert Ründigungen ausgesprochen habe, die fast alle Sparten treffe. Zu dieser Maßnahme sei die Firma übergegangen, nachdem die Gewerkschaften die Einführung der Vierzigstundenswoche ohne Lohnausgleich abgelehnt haben. Dazu muß doch gesagt werden, daß unsere Organisation allerdings den Lohnausgleich mit Einstellungszwang gefordert hat. Wie man aber dazu kommt, der Organisation nachzusagen, daß sie die Vierzigstundenswoche abgelehnt habe, noch eh überhaupt abschließende Verhandlungen über diese Frage stattgefunden haben, erscheint uns etwas schiefherhaft, wenn damit nicht die Absicht verfolgt wird, schon jetzt der Organisation die Verantwortung für die bisher nicht erfolgte Einführung der Vierzigstundenswoche aufzuliegen. Dagegen aber müssen wir entscheidende Verwahrung einlegen. Denn die auf den 4. August angelegten Verhandlungen über die Vierzigstundenswoche im Buchdruckergewerbe sind nicht von uns, sondern vom Deutschen Buchdrucker-Verein unterbunden und auf einen späteren Termin vertagt worden. Aber die Gründe dieses mangelnden Interesses nicht auf unser, sondern auf der Gegenseite dürfte etwas klarer gesehen werden, wenn wir den Teil einer Entscheidung, der sich auf diese Frage bezieht und die vom Deutschen Buchdrucker-Verein auf seiner Haupttagung am 28. und 27. Juni in Berlin angenommen wurde, verweilen und worin sehr deutlich gesagt wird: „Trotzdem sind künftige Maßnahmen, die der freien Wirtschaftsentwicklung immer nur hemmende Fesseln auferlegen, nicht als das geeignete Mittel anzusehen, die Arbeitslosigkeit wirksam und



